

Zwei Standorte für MGG beschlossen

Gemeinderat: Eltern, Lehrer und Schüler waren gekommen, um ihre Sorgen und Bedenken zu äußern / Gemeinderäte und Stadt argumentierten mit zu hohen Mehrkosten

Eine überaus gut besuchte Gemeinderatssitzung stand am Mittwoch in der Kreisstadt an. Lehrer, Eltern und Schüler des Matthias-Grünwald-Gymnasiums waren gekommen, um ihren Frust über die Zweiteilung der Schule zu äußern.

Von Heike von Brandenstein

Tauberbischofsheim. Nummer 26 der 28 Punkte umfassenden Tagesordnung lautete „Sanierung des Matthias-Grünwald-Gymnasiums – Sachstand und weiteres Vorgehen zur Interimsmaßnahme“. Was geplant ist, stand bereits im Ratsinformationssystem der Stadtverwaltung im Internet. Dort sind die Sitzungsvorlagen für Gemeinderatssitzungen abrufbar.

Kaum veröffentlicht (wir berichteten), machte die Zweiteilung des Gymnasiums zum Jahresanfang 2024 wie ein Lauffeuer die Runde. Die eigentlich favorisierte Containerlösung, so der grobe Inhalt, habe sich mit 3,6 Millionen Euro als dermaßen teuer erwiesen, dass sie als schlichtweg nicht finanzierbar angesehen wurde, wie Bürgermeisterin Anette Schmidt nicht nur in der FN-Ausgabe vom Mittwoch, sondern auch bei der Gemeinderatssitzung am Abend erläuterte hatte.

Tagesordnung geändert

Immerhin: Bei der Tagesordnung zeigte sich Anette Schmidt durchaus bürgerfreundlich, indem sie das Gymnasium nach vorn setzte, um den Anwesenden eine Wartezeit von mehreren Stunden zu ersparen. Eltern und Lehrer war allerdings nur zu gut bewusst, dass die Bürgerfragestunde gleich zu Beginn der Sitzung ihre einzige Chance war, um sich Gehör zu verschaffen. Stellungnahmen zu einzelnen Punkten während der Sitzung sind laut der baden-württembergischen Gemeindeordnung nämlich nicht vorgesehen.

Und so war es fast müßig auf Daniel von Finck, Sachgebietsleiter im Hochbauamt der Stadt, zu warten, der den Sachvortrag zu später Stunde geplant hatte und deshalb zum Sitzungsbeginn noch gar nicht anwesend war. Die Bürgermeisterin kam nicht umhin, auf die Fragen und Anwürfe der durchaus aufgebrachten Zuhörerinnen und Zuhörer zu antworten und somit die Sachlage aus Sicht der Stadt zu erläutern.

Viele Fragen

Ein Mitglied der Elternvertretung fragte, ob eine so weitreichende Entscheidung nicht noch einmal überdacht werden könnte und wirklich so hopplahopp getroffen werden müsste. Elternbeiratsvorsitzender Andreas Braun bat darum, die Konsequenzen für die SchülerInnen und Schüler so weit wie möglich abzumildern. Eine andere Mutter zweifelte an, ob die Aufteilung des Gymnasiums auf zwei Standorte logis-



Im sanierten Kleinen Haus und in vier Containern wird ab Februar im Tauberhausweg unterrichtet. Die übrigen Klassen wandern auf den Laurentiusberg. BILD: SABINE HOLROYD

tisch machbar sei und meinte damit den geplanten Pendelverkehr, für den es ohnehin Busfahrer benötige. Sie merkte auch an, dass derzeit noch nicht feststehe, wie teuer diese Interimslösung sei und ob sich diese gegenüber der eigentlich favorisierten Containerlösung überhaupt rechne.

Dem stellte Anette Schmidt entgegen, dass die Stadtverwaltung durchaus von Annahmen für Pendelfahrten ausgehe. Aus der Luft gegriffen seien die Rechnungen keinesfalls, stellte sie klar und erläuterte wiederholt die Überlegungen der Stadt, eine Lösung an nur einem Standort hinzubekommen, die allerdings alle aus unterschiedlichen Gründen verworfen wurden. „Wir müssen das gemeinsam jetzt irgendwie stemmen“, so Schmidt.

Das „Wir“ sah ein Vater anders. Die Kinder seien die größten Leid-

mehr als drei Millionen Euro ergeben. Sofort sei nach diesem Ergebnis Kontakt zu Schulleitung und Fraktionsvorsitzenden gesucht worden, um Sparpotenziale auszuloten.

Letztlich aber habe sich gezeigt, dass entweder zwei Millionen Euro Mehrkosten anfielen oder aber auf zwei Standorte ausgewichen werden müsste. Zudem werde der Förderantrag nicht verlängert, so dass alle Rechnungen nach Fertigstellung der Sanierung bis zum Jahresende 2025 vorliegen müssten. Immerhin, so Schmidt, gehe es um 4,2 Millionen Euro an Zuschüssen.

Container nicht wertlos

Rolf Grüning, der als Gemeinderat die Containerlösung im März noch mitbeschlossen hatte, warf ein, dass die mobilen Klassenzimmer nach zwei Jahren nicht wertlos seien und bei anderen Umbaumaßnahmen wieder eingesetzt werden könnten.

Ulrike Benz stellte die soziale Komponente der Schulgemeinschaft in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Entweder alle SchülerInnen und Schüler würden oben auf dem Laurentiusberg beschult oder aber unten im Taubenhäusweg. Die Schüler seien bereits Corona-Opfer. Mit viel Einsatz und Mühe habe man es am Matthias-Grünwald-Gymnasium geschafft, wieder zu einer Gemeinschaft zusammenzuwachsen, was am Schulfest am vergangenen Freitag deutlich geworden sei. Jetzt solle diese wieder auseinandergerissen werden. Jahrgangübergreifende Klassenfahrten, Arbeitsgemeinschaften und gemeinsame sportliche Aktivitäten machten kaum Sinn, wenn sich die Schüler im Alltag nicht begegneten. „Kinder sollten auch

bedacht und nicht nur aufs Geld geschaut werden“, forderte sie.

Eine weitere Elternvertreterin schlug in dieselbe Kerbe. Am MGG sei die Nachmittagsbetreuung gesichert, weil sich ältere um jüngere Schüler kümmerten. Diese und weitere Angebote stünden mit der Zweiteilung auf der Kippe. Der Gemeinderat solle eine Entscheidung treffen, obgleich ihm kaum Fakten vorliegen, so der Anwurf. Eine weitere Mutter meinte fast schon resigniert: „Die Eltern fühlen sich einfach überfordert.“

Anette Schmidt unterstrich wiederholt, die Bemühungen der Stadt und meinte, dass Mehrkosten von

Nina Warken (CDU) sprach von keiner einfachen Situation für alle Beteiligten und fragte, ob seit dem Beschluss vom März nicht unnötig Zeit verloren gegangen sei. Eltern, Lehrer und Schüler seien nicht rechtzeitig mitgenommen worden, so ihr Eindruck. Als Mitglied des Gemeinderats falle es schwer, etwas bei so vielen offenen Fragen auf den Weg zu bringen.

Christian Stolz (Freie Wähler) habe zwar Bauchschmerzen bei der temporären Zweiteilung des Gymnasiums, sagte aber aufgrund der gewaltigen finanziellen Auswirkungen seine Zustimmung zu. Dr. Leonhard Haaf (Bürgerliste) zeigte Verständnis für die Unruhe der Eltern, sein Fraktionskollege Johannes Benz meinte, dass er mit Blick auf die Fragen der Eltern durchaus Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat verspüre.

Gerhard Baumann (CDU) unterstrich, die Stadt habe immer ins Gymnasium investiert und das Wohl der Kinder stehe an oberster Stelle. Es gebe allerdings noch andere Projekte in der Stadt, wie der Bau von Kindergärten oder die Sanierung der Christian-Morgenstern-Schule. Das MGG besuchten zu 50 Prozent auswärtige Kinder, deren Heimatgemeinden sich aber nicht an Sanierungskosten beteiligten, monierte er.

Nachdem Bürgermeisterin Anette Schmidt einen Umbau der Stadthalle zum Schulhaus ausgeschlossen hatte, folgte die Abstimmung: Bei 15 Ja- und vier Nein-Stimmen wurde die Interimslösung der Beschulung an zwei Standorten durch den Gemeinderat zugestimmt.

„Die Eltern fühlen sich einfach überfordert.“

MUTTER EINES SCHÜLERS

tragenden, meinte er, gefolgt von den Lehrern, die alles stemmen müssten, und den Eltern, die die Fahrdienste zu übernehmen hätten. Zudem kritisierte er, dass nach dem Beschluss der Containerlösung im März die Bestellung nicht sofort erfolgt sei.

Dem setzte die Bürgermeisterin die Notwendigkeit einer europäischen Ausschreibung entgegen, die zeitnah nach dem Beschluss im März erfolgt sei. Ausgegangen sei man von 400 000 Euro Mehrkosten bei der Containerlösung, die Ausschreibung habe allerdings deutlich

„Irgendwann ist das Maß voll.“

ANETTE SCHMIDT

600 000 bis 700 000 Euro noch zu stemmen gewesen seien. Eine Entscheidung sei aber aus Sicht der gesamten Stadt zu treffen. Bei diesen enormen Mehrkosten zeige sich aber: „Irgendwann ist das Maß erreicht.“

Nachdem Daniel von Finck nochmals die Kostenentwicklung und mögliche Sparmaßnahmen dargelegt hatte, kamen die Gemeinderäte zu Wort. Elmar Hilbert (CDU) äußerte große Sorgen, ob ein geregelter Schulbetrieb durch diese Zerteilung gestört werden könnte. Er fragte, ob die Stadthalle für den Schulbetrieb umgebaut werden könne und wie der Transport auf den Laurentiusberg zu organisieren sei. Seine Forderung: Es sollte immer transparent von Seiten des Bauherren agiert werden.